

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 16 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.

Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).



Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. November d. J. den Zögling der k. k. Theresianischen Akademie, Eugen Grafen Messei Vielle, zum k. k. Edelknaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Preussen und die deutsche Frage.

Die Thronrede, mit welcher Se. Majestät König Wilhelm die beiden Häuser des preussischen Landtags eröffnete, gedenkt der Bundesreformfrage und der handelspolitischen Angelegenheit. Bezüglich dieser beiden Punkte nur — denn was die Thronrede im Uebrigen sagt oder was sie verschweigt, entzieht sich unserer Besprechung — sei uns eine Bemerkung gestattet, sagt die „G. G.“ In den Sätzen nämlich, welche der Bundesreformfrage, wie der handelspolitischen Angelegenheit gewidmet sind, haben die Räte des Königs Sr. Majestät Worte in den Mund gelegt, welche nichts Anderes besagen, als daß die königlich preussische Regierung an ihren hinlänglich bekannten Standpunkten festhalte. Nun wurde aber in der deutschen Frage mit Bezug auf die Reformfrage erklärt, man wolle zuerst hierüber mit Oesterreich in Verhandlung treten; man gab diese Erklärung ab, welche, beiläufig bemerkt, über das gewiß wohl begründete Recht der übrigen Bundesgenossen gänzlich hinwegfäh, unter gleichzeitiger Aufstellung dreier Bedingungen, von denen zwei rein negativ sind und die dritte gleichsam zur Ausschmückung beigegeben ist; man begleitete ferner dieses Erbietens zu Verhandlungen mit der Bezeugung der Gesinnung bereitwilligen Entgegenkommens. Was dagegen die handelspolitische Frage anbelangt, so ging man hierin den entgegengesetzten Weg; hier wollte man nicht zuerst mit Oesterreich unterhandeln, auch nicht zuerst mit den Zollvereinsregierungen, die allerdings noch ein näheres Interesse haben, gehört zu werden, als Oesterreich; sondern man stellte in die erste Linie eine fremde Macht, in die zweite den Zollverein, in die dritte Oesterreich. Da liegt doch die Frage nach der Konsequenz in einem solchen Verfahren nahe genug! Und dann, wo ist hier, wir sagen nicht die Bereitwilligkeit des Entgegenkommens, sondern einfach die Möglichkeit des Handelns zu finden? Der Begriff des Entgegenkommens wie des Handelns überhaupt, geht gänzlich verloren in dem starren Festhalten an den einmal aufgestellten Ideen. In der That, wenn man immer wieder mit den nämlichen Ideen hervortritt und statt zu verhandeln, lediglich und einfach festhält an dem einmal Gesagten, wie jetzt eben wieder in der Reformfrage geschehen ist, so beweist eine solche Politik leider weit weniger eine entgegenkommende, eine versöhnliche Gesinnung als Gedankenarmuth.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. November.

Auf der Ministerbank: Plener, Burger, Hein, Ministerialrath Gobi (Finanz-Min.), Sektionschef Ralchberg (Handels-Min.), Min.-Rath Schmidt (Handels-Min.).

Nach Verlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkünfte wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der Bericht des zur Vorberathung der Regierungsvorlage zu einem Gesetze in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahn gewählten Ausschusses.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld begründet in ausführlichster Weise den Ausschussantrag, welcher dem Hause die Annahme eines Gesetzes empfiehlt, in welchem der Lemberg-Gzernowitzer Bahn vom Staate ein Reinertragszins von 5 1/2 % von der Kapitalsumme von 31 Millionen Gulden österr. Währ. in Silber garantiert wird, welches zugleich die Modalitäten der Garantie, sowie die in die Konzessionsurkunde aufzunehmenden Bestimmungen enthält.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Abg. Skene begreift nicht, daß sich im Ausschusse eine wenn auch kleine Majorität für die Vorlage aussprach. So eckig sich die Bewerber vor den gesetzgebenden Faktoren mit einem Entweder Oder stellen, so thätig waren sie insgeheim, um Mitglieder des Hauses und die Blätter für sich zu gewinnen; der Motivenbericht sei nichts als eine gute Reflam für die Bewerber. Redner geht nun in die Details ein und nimmt vor Allem Anstoß an dem vieltheiligen Ausdruck: daß die Bahn ungefähr vierzig Meilen lang sein werde; er vermißt ferner genaue Bestimmungen über die Steigungen der Bahn, deren Verhältnisse ja auf die Länge der Bahn so bedeutenden Einfluß nehmen und findet die Kosten der Bahn, welche viel zu hoch berechnet. Vom Standpunkte handelspolizeilicher Interessen bemängelt er die Unvollständigkeit des Motivenberichtes wie des Ausschussberichtes und meint noch, das Land könnte füglich den zum Bau der Bahn erforderlichen Boden unentgeltlich abtreten. Gegenüber der amtlichen Expertise beruft sich Redner auf die von ihm privatim gepflogenen Erhebungen, welche ihn zu dem Ergebnis geführt haben, daß sich in Oesterreich selbst Unternehmungen für die Bahn finden werden. — Er stellt den Antrag: daß die Verathung des Gesetzes in Betreff der Begünstigung für die Unternehmung der Lemberg-Gzernowitzer Bahn zu vertagen sei, bis die Konzessionsbewerber den Bestimmungen des Eisenbahn-Konzessionsgesetzes vom 14. September 1854 nachgekommen sind.

Abg. Baron Petriuo stellt die Richtigkeit der „orakelhaft“ hingestellten Berechnung Skene's in Abrede und geht zu diesem Behufe in Details ein, aus welchen er zum Theil unter Heiterkeit des Hauses den Beweis führt, daß die statistischen und geographischen Quellen, aus welchen der Vorredner schöpfte, nicht eben die besten waren. Die volkswirtschaftlichen Vortheile einer Entwicklung des Eisenbahnwesens entwickelnd und betonend meint der Redner, es handle sich nicht um abstrakte Prinzipien, sondern nur um die Frage, ob die Auerbietung, die gemacht wird, unter den gegebenen Verhältnissen und Umständen als günstig und entsprechend betrachtet werden kann und ob die Opfer, welche eventuell dem Staate zufallen, durch die Vortheile aufgewogen werden, welche andererseits in Aussicht stehen. Die von Skene vermischten Detailpläne liegen ihm nicht so sehr am Herzen, da deren Werth nach den allenthalben gemachten Erfahrungen sehr problematisch sei. Die Zuversicht Skene's, daß sich leicht ein anderes Konsortium finden werde, theile er nicht, zumal unter den augenblicklichen Verhältnissen. — Durch die bisherige einseitige Ausbildung des Eisenbahnwesens wurde der Bukowina die Konkurrenz mit andern Provinzen unmöglich gemacht und doch müßte sie dazu gerade so beitragen, wie andere Länder; nur eine Sübne alten Unrechtes, nicht eine Unterstützung sei es also, was er für sein Land begehre.

Abg. Dr. Berger: „Mit Prinzipien baut man keine Eisenbahnen“, habe der Vorredner gesagt, aber ohne Prinzipien verschwende man Millionen, und es sei nothwendig, nicht wieder wie früher Improvisationen zu machen, sich über in einem einzelnen Falle vorhandene Bedenken nicht leicht hinwegzusetzen. In eine historische Darstellung des Eisenbahn-Konzes-

sionswesens eingehend bemerkt er, daß dasselbe früher „unverantwortlich“ gehandhabt wurde, jetzt aber von einem dem Reichsrathe verantwortlichen Ministerium. — Weiter entwickelt Redner, daß eine Bahn, welche nach dem bestehenden Gesetze nicht konzessionirt werden kann, auch nicht subventionirt werden könne. Die Vorlage eines gehörig ausgearbeiteten Bauprojektes, sei aber Bedingung der Konzessionirung und selbst die Vorarbeiten und Vorstudien seien etwas, wovon nicht leicht Umgang genommen werden kann. Sogar vom konstitutionellen Standpunkt habe die Sache Bedenken, weil es scheine, daß die Regierung unter dem Schutze der votirten Subvention eine Konzession ertheilen wolle, welche sie sonst nie und nimmer gegeben hätte. Ueber die Länge der projektirten Bahn liege nichts Verlässliches vor; gleiche Zweifel obwalten bezüglich der Kosten; ja die Analogien zwischen galizischen und anderen Bahnen seien ganz unstatthaft, weil Terrain-Schwierigkeiten und Expropriationen hier und dort sehr von einander abweichen. — Redner geht in Berechnungen ein, um zu zeigen, daß das Anlagekapital zu hoch gegriffen sei und der Preis pr. Meile ein exorbitanter genannt werden müsse. — Fiktionen seien nicht zu billigen. Seien 5 pCt. Verzinsung zu wenig, so verlange man 6 pCt. Garantie, daß sei ein Boden der Unterhandlung, aber Fiktionen wie die eines Anlages zu hohen Anlagekapitals, seien einer gesetzgebenden Versammlung unwürdig. Seine ira aber nun studio komme er zu dem Resultate; Es fehlen die erforderlichen exakten Prämissen, um die beantragte Summe mit gutem Gewissen votiren zu können und sich auszusprechen, daß man eine Bahn subventionire, welche nach dem noch bestehenden Gesetze noch nicht konzessionirt werden kann. (Beifall.)

Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Oesterreich.

Wien. Gleichsam um auf die schon lang erwarteten strengen Maßregeln in Galizien vorzubereiten, bringt die „General-Korrespondenz“ in einem Schreiben aus Lemberg folgende Mittheilungen:

Noch immer bemühen sich die polenfreundlichen Journale jede von der polnischen Nationalregierung in Bezug auf Galizien und Krakau erlassene Verfügung entweder vollständig in Abrede zu stellen, oder wenigstens zu beweisen, diese Verfügungen hätten nur die Beförderung des Aufstandes auf russisch-polnischem Gebiete und in einer nur die Maßnahmen der russischen Regierung bekämpfenden Weise zum Zwecke und letzten Endziele.

Während beim Beginn des polnischen Aufstandes die Revolutionspartei nur schüchtern in Galizien auftrat und ihre Thätigkeit auf die Anwendung von Zugzählern, auf die Sammlung freiwilliger Beiträge an Geld und Kleidungsstücken, und auf die Einschmuggelung von Waffen beschränkte, erhebt sie nun schon kühner ihr Haupt, die Waffen- und Munitionsendungen geschehen in größeren Massen und die Gelder werden in Form auferlegter Steuern, mit Strafandrohung im Weigerungsfalle, eingefordert.

Die einzelnen vorgekommenen Fälle sind aus den öffentlichen Blättern bekannt geworden und ich brauche derselben nicht mehr speziell zu erwähnen. Von der Verhaftung der zwei polnischen Gendarmen in österr. Galizien habe ich Ihnen bereits Kenntniß gegeben und ich kann nur beifügen, daß, wie aus ihren Papieren hervorging, ihre Aufgabe es war, die Urtheile der Nationalregierung zu vollziehen, und die Nationalsteuer zu exequiren.“ Als ein vortreffliches, für Säumlige oder Widerstrebende bestimmtes Exekutionsmittel trugen sie silberartige Messer bei sich und bei einem derselben fand sich ein Zettel mit den

Worten: „Zehn Gran Strichnün genügen.“ Ob dieß wohl auch als Anlockungsmittel zum Steuerzahlen dienen sollte?

Ich hatte Gelegenheit, ein Blatt einer geheimen, unter dem Titel „Wolność“ ausgegebenen Zeitschrift zu Gesicht zu bekommen, und zwar jenes vom 17. Oktober, in welchem „der Bevollmächtigte der Nationalregierung in Galizien“ die Kaufleute, Apotheker und Fabrikanten auffordert, den Israeliten, welche sich um Aufnahme in ihre Etablissements melden, selbe der Religion wegen nicht zu verweigern, in welchem er die Meister verpflichtet, ihre Gesellen vor Verspottung und Beunruhigung der Israeliten abzuhalten und den Direktoren der polnischen Theater aufträgt, alle jene Stücke vom Repertoire zu entfernen, in welchen die jüdischen Glaubensgenossen verhöhnt werden. Die Ortsbehörden (natürlich jene in Galizien) haben über die Ausführung dieser Anordnungen zu wachen.

Diese Ortsbehörden nicht nur, sondern auch die höheren Behörden, als die Regierungskommissäre für Ost- und Westgalizien, der Provinzialrath, die Kreis- und Bezirkskommissäre sind ernannt, die Organisation für Krieg, Finanzen und politische Administration bis zu den Gemeindevorständen und Steuereinnehmern hinab ist bereits durchgeführt.

Es sind nicht Phantasiegebilde, die ich Ihnen hier vorführe; sie haben leider einen sehr realen Bestand und stützen auf schriftlichen Dokumenten, welche sich in den Händen von Personen befinden, welche von österreichischen Behörden in Galizien verhaftet wurden und bestimmt waren, als für Galizien ernannte Provinzialräthe, Regierungskommissäre, Stadthauptleute und Kommisäre zu fungieren. Selbst die Meldungsbücher waren schon vorbereitet und Listen verfaßt von Personen, welche als der österreichischen Regierung ergeben bezeichnet und proskribirt waren.

Daß in Krakau eine förmliche Militärorganisations-Kommission mit drei Staatsoffizieren und „Ausrüstungscomité's“ bestanden, ist vollkommen festgestellt. Bei dieser auf österreichischem Gebiete bereits weit verzweigten Organisation der Revolutionsbehörden dürfte es der polnischen „Nationalregierung“ wohl leicht fallen, die Existenz eines speziellen Befehles zur Ermordung des Landesgerichtsrathes Kuczynski in Abrede zu stellen, schwerer aber dürfte es ihr gelingen, die Existenz jener von ihr installirten Behörden und Organe zu läugnen, welche in ihrem Geiste handeln, ihr verantwortlich sind und für ihr Vorgehen gewiß keinen Tadel von der Nationalregierung zu erwarten haben.

Wenigstens hat es letztere bisher wohlweislich unterlassen, auch nur ein Wort der Mißbilligung des an einem österreichischen Richter verübten Verbrechens auszusprechen.

Das Altentstück, welches dießfalls in gedruckten Blättern mit Ostentation in die Welt geschleudert und sogar bis in die höchsten politischen Regionen verbreitet wird, lautet in deutscher Uebersetzung folgendermaßen:

„Die Nationalregierung. Der bevollmächtigte Kommissär in Ostgalizien.“

„Indem ich dem durch nichts begründeten Gerüchte, als wäre der in Lemberg am 28. d. M. an der Person des k. k. Rathes Kuczynski verübte Mord auf Grund eines von dem Revolutionstribunale herausgegebenen Urtheils vollzogen worden, entgegenrete, gebe ich hiermit allgemein kund, daß in Galizien ein Revolutionstribunal der Nationalregierung weder je bestand, noch besteht; daß der Rath Kuczynski von dem Revolutionstribunale in Warschau weder gerichtet, noch verurtheilt wurde, daß der an seiner Person verübte Privatmord ohne Wissen der Nationalregierung und der von ihr eingesetzten Behörden vollzogen worden ist.“

Am 30. Oktober 1863.“

Merken Sie wohl, daß das Dokument einen Akzent darauf legt, Kuczynski sei nicht vom Revolutionstribunale in Warschau gerichtet worden. Wenn auch dieser Umstand zugegeben werden wollte, so ist doch nach dem Vorgesagten zwischen dieser Behauptung und der fernerem, daß an Kuczynski verübte Verbrechen sei ein Privatmord gewesen, eine weite Kluft und es dürfte der Nationalregierung schwer fallen, hiefür Beweise aufzubringen.

Wer nach solchen Thatfachen noch behaupten wollte, die ganze revolutionäre Thätigkeit sei nur und ausschließlich nur gegen Rußland gerichtet, wer jetzt noch dem süßen Wahne sich hingeben wollte, die Befreiung von Galizien und Krakau stehe nicht im Programme der leitenden Gewalten, der dürfte schon an einem tieferen Nebel als an Kurzsichtigkeit leiden.

Prag, 5. November. Der böhmische Landes-Ausschuß hat einem Kreise von Fachmännern den vom Herrn Wenig im ersten Landtage eingebrachten Gesetzesentwurf zur Durchführung der Gleichberechtigung beider Landessprachen in den Lehranstalten Böhmens zur Vorberatung zugewiesen. Diese aus Experten bestehende Kommission, die der Majorität nach aus Männern der czechischen Partei besteht, hat dieser Tage ihre erste Sitzung gehalten. Während bisher

gerade die czechische Partei nichts von der Theilung in rein czechische und rein deutsche Schulen wissen wollte (vorzüglich, was die Mittelschulen betrifft), und bei jeder Gelegenheit dem sprachlichen Utraquismus das Wort redete, um wenigstens den deutschen Theil der Jugend dem deutschen Wesen immer mehr zu entfremden, sollen sich die Czechen in jener Kommission, so viel man hört, zum Erkennen der deutschen Mitglieder nun für die strenge sprachliche Sonderung der Schulen ausgesprochen haben. Niemand verkennet, daß nach der Aufstellung dieses Grundsatzes die Forderung einer czechischen Universität und eines exklusiv czechischen Beamtenstandes aufstehen werde, da ja kein Czech Gelegenheit haben wird, in der czechischen Schule auch Deutsch zu lernen. Uns scheint die Existenz einer czechischen Universität neben der deutschen für das Deutschthum Böhmens und Prags weit weniger gefährlich, als der jetzige Mischzustand, in welchem man, um ja in keine nationalen Streitigkeiten verwickelt zu werden, die Berufung deutscher Kräfte vernachlässigt und der czechischen Agitation von Jahr zu Jahr mehr Terrain überläßt. Was nun die Beamten betrifft, so wäre ein Gesetz, welches den Beamten verpflichtet, eine in der ganzen Monarchie gesprochene Sprache, d. i. die deutsche, neben seiner Nationalsprache sich eigen zu machen, wohl entscheidend, und würde hoffentlich auch in den Ländern der St. Wenzelskrone Geltung finden.

Ausland.

Berlin, 7. November. Die französische Thronrede ist wie eine Bombe ins krenztirliche Lager gefallen, und wenn sich die Offiziösen auch bemühen, die Besorgnisse durch kritische Analysen zu verdecken, so steht doch die Thatsache fest, daß der Inhalt der Rede hier höchlich überraschte. Aus den preussischen und russischen Gesandtschaftshotels in Paris scheinen Berichte hieher gelangt zu sein, welche die Vangigkeit um nichts mindern. Man will zwar eine nachträgliche Unterredung des Herrn v. Bismarck mit Herrn Drouin de Lhuys zur Sendung beruhigender Depeschen nach Petersburg ausbeuten, und will aus der Abwesenheit des Fürsten Metternich diplomatisches Kapital schlagen, aber das hindert unsere Feudalen nicht, unter sich für die Dauer der Herrschaft Bismarck's zu zittern. Der König soll in Folge der Kriegsmassifikationen des französischen Kaisers den Wunsch nach einem Kompromiß mit dem Abgeordnetenhaus zu erkennen gegeben haben, und ließ die ihm vorgelegte Thronrede zur nochmaligen Redaktion an den Ministerrath zurückgehen. Auf seinen Wunsch hin wurde dem Kronprinzen die Einladung zur Eröffnungsfeier telegraphirt.

Altona, 7. November. Der „S. N.“ wird gemeldet, daß sofort bei Eintritt der Exekution von Kopenhagen aus verboten werden wird, der Bundesbehörde irgend welche Steuern zu entrichten, damit will Dänemark Europa gegenüber in formeller Weise sein Recht wahren. Außerdem soll eine Proklamation Friedrich VII. an die Holsteiner erfolgen, in denen ihnen die Situation klar gemacht und die Intentionen des Königs genau bezeichnet werden. Ein Adjutant Napoleons, es soll General Fleury gewesen sein, ist infognito in Glücksburg gewesen und hat wichtige Konferenzen mit höchstgestellten Persönlichkeiten gehabt. Französische Couriere gehen seit 14 Tagen unablässig zwischen Paris und Kopenhagen und hier hat man in höheren Kreisen erfahren, daß das französische Kabinett sich sehr günstig über die dänisch-schwedische Allianz ausgesprochen hat, nachdem derselben auf Napoleons Wunsch ein geheimer Zusatzartikel einverleibt worden. Schon in nächster Zeit erwartet man in Kiel französische Kreuzer und sollte aus dem Kriege gegen Dänemark etwas worden, so würden wir leicht ein zweites 1813 und 14 erleben.

Paris, 7. November. Merkwürdig günstig ist der Eindruck, welchen die Thronrede in den Departements gemacht hat. So versichert wenigstens eine ganze Reihe von Telegrammen, die während der letzten vierundzwanzig Stunden im Ministerium des Aeußern eingelaufen sind, und man legt dort auf diese Meldungen um so größeres Gewicht, als bekanntlich die Präfekten keine offizielle Veranlassung haben, sich mit dem Auswärtigen Amte in Verbindung zu setzen. Der Kaiser selbst sprach, als er die Thronrede seinen Ministern zur Begutachtung vorlegte, folgende, von vornherein jede Glossen abschneidende Worte: „Welches auch immer der Eindruck meiner Rede sein möge, ich selbst bin mit ihr zufrieden.“

So sprechen denn alle Anzeichen dafür, daß uns in diesem Altentstück der Ausdruck der wohlwollenden Intentionen des Kaisers Napoleon vorliegt, und daß insbesondere der darin entwickelte Kongreggedanke nicht etwa als ein Vorschlag von vielen, sondern geradezu als die Bedingung betrachtet werden muß, an welche Frankreich die Aufrechterhaltung des Friedens knüpft. Wenn dieses verwegene aut aut in imperialistischen Kreisen ein enthusiastisches Echo findet

— und nicht bloß die offiziöse Presse wird in den nächsten Tagen von Lobgesängen widerhallen — so sei dieß nur ein Grund mehr, den europäischen Kabinetten für die Unterhandlungen, welche nun eröffnet werden sollen, die größte Vorsicht und die möglichste Eintracht untereinander zu empfehlen. Es sind nicht eben die harmlosesten Kannegießer, welche schon heute hier die Erwartung aussprechen, Frankreich werde doch auf diesem General-Kongress als eine jener Nothwendigkeiten, „die der Friede der Welt erheischt“, auch seine natürlichen Grenzen zurückfordern, und was anderes, als dieser Hintergedanke, kann auch an der Thronrede das flache Land in Begeisterung versetzt haben?

Tagesbericht.

Baibach, 12. November.

Am 8. d. M., Abends um 8 Uhr, brach in einer unweit des Ortes Großmannsburg gelegenen, dem Peter Blasch, vulgo Ouber, gehörigen Doppelharpfe Feuer aus, welches die ganzen darin befindlichen Futtervorräthe verzehrte und einen Schaden von 1000 — 1200 fl. anrichtete. Die Harpfe war zwar bei der Assekuranzgesellschaft „Phönix“ um 1000 fl. affekurirt, es wird aber der Beschädigte die Entschädigungssumme aus dem Grunde nicht erhalten, weil die Einzählung der Assekuranzgebühr im Rückstande verblieben ist. Dieser Brand dürfte vermuthlich angelegt worden sein, — dafür spricht die absichtliche, von jeder Passage entfernte Lage der Harpfe, so wie die späte Abendstunde, in welcher das Feuer ausbrach.

— Auf dem Karste sind schon Schneeverwehungen. Vorgestern hatte der Postzug aus diesem Grunde eine Verspätung.

— In Graz ist am 10. d. M. der vielverdiente Schuldirektor Herr Wisiaf gestorben.

Wien, 10. November.

Die Unternehmung einer Vergnügungsreise um die Erde, welche am 5. März nächsten Jahres angetreten werden soll, und welche von dem k. k. Rathe Dr. L. Schweizer und Herrn Franz Luvora entritt wird, findet den lebhaftesten Anklang und bereits ist das Büchlein, welches das Programm der Reise enthält, in dritter Auflage erschienen. Die Fahrt geht bekanntlich von Triest über Gibraltar, Madaira, Cap der guten Hoffnung, Madagaskar, Ceylon, Singapur, Hongkong, Canton, Schanghai, Sandwichs-Inseln, Mexiko, Panama, Lima, durch die Maghellenstraße über Rio Janeiro nach Europa zurück. Im November erfolgt die Rückkehr. Zur Fahrt wird der von Tonello neu erbaute Schraubendampfer „Kaiserin Maria Theresia“ verwendet, welcher von dem rühmlichst bekannten Kapitän Heinrich v. Littrow geführt wird. Die Theilnehmerzahl beträgt 60 oder 70 Personen. Der Preis ist für jeden Theilnehmer mit 5000 fl. bemessen. Das Kaffageschäft besorgt die Kreditanstalt.

— Vor einiger Zeit meldeten die Blätter, daß Bischof Strozsmayer aus Gesundheitsrückichten eine längere Reise ins Ausland angetreten habe. Nun ist es wohl wahr, schreibt die „Presse“, daß sich der in den letzten Jahren so viel genannte Bischof ins Ausland begeben hat, aber nicht seine angegriffene Gesundheit, sondern politische Gründe haben seine Reise veranlaßt. Wie man nämlich in eingeweihten Kreisen wissen will, trifft die Regierung in diesem Augenblick alle Maßregeln, um die Kroaten zur Bescheidung des Reichsrathes zu veranlassen. Im Hinblick auf diese Vorbereitungen ward dem Bischof Strozsmayer, welcher über die Bescheidung eigenthümliche Ansichten hat, von einflussreichen Freunden der freundlich und von tiefer Theilnahme zeugende Rath ertheilt, sich zur Wiederherstellung seiner so angegriffenen Gesundheit für einige Zeit ins Ausland zu begeben. Bischof Strozsmayer folgte dankbar diesem Wink.

Aus der Provinz.

Neustadt, 9. November.

A. R. Um einem vielseitigen Wunsche zu entsprechen, sehen wir uns im Nachhange zu unserer letzten Korrespondenz genöthigt, eine Unterlassungssünde unserer Gemeindevorstellung zu registriren, die erst dieser Tage zur Kenntniß des Publikums gekommen und die wirklich nicht lebhaft genug zu beklagen ist. Die Erledigung auf jenes Ministerialgesuch, welches die Stadtgemeinde überreichte, um den Fortbestand des Obergymnasiums für die Folge wieder zu erwirken, befindet sich nämlich bereits seit 15. Oktober in Händen der Gemeindevorstellung und sie hat es verabsäumt, davon in der Sitzung vom 2. November versammelten Ausschuss zu intimiren, was um so unbedingter im allgemeinen Interesse hätte geschehen sollen, als diese Erledigung abweislich, wenn auch zum Glück nicht unbedingt abweislich ausgefallen ist.

Wir sehen von allen subjektiven und sonstigen prinzipiellen Rücksichten der heutigen Zeitrichtung

gänzlich ab und halten nur das Interesse der Stadt zunächst im Auge, wenn wir nachfolgend diese Angelegenheit unseres Obergymnasiums einer kurzen Besprechung unterziehen. So weit wir unterrichtet sind, ist der vornehmste Stein des Anstoßes zum Fortbestande des Obergymnasiums: die Erklärung des hochw. Ordens-Propincials, daß ihm Lehrkräfte mangeln, richtiger, daß die Ausbildung von geprüften Lehrkräften nicht mehr möglich ist, weil der Staat dem Orden die diesfällige Subvention, jährlich 800 fl., entzogen hat. Es handelt sich also in erster und letzter Linie um diese jährlichen 800 fl.; denn sobald diese Subvention wieder flüssig wird, sind die Mittel zur Erlangung von geprüften Lehrkräften auch wieder vorhanden, und sobald alsdann solche Lehrkräfte der Anstalt fortan erhalten werden, wird dem Gesetze Genüge geleistet und das Gymnasium rückfällisch der Lehrkräfte unangreifbar dastehen. — Alle weiteren Einwendungen gegen den Fortbestand des Obergymnasiums sind unserer Ansicht nach sekundärer Natur. Die etwas geringe Schülerzahl verhöht weder gegen den Wortlaut, noch viel weniger aber gegen den Geist des Gesetzes, weil das betreffende Gesetz im Interesse des Unterrichtes nur ein Maximum, nicht aber ein Minimum der Schülerzahl für jede Klasse festsetzt und sich gerade aus dieser gesetzlichen Rücksicht bei geringerer Schülerzahl die Qualität des Unterrichtes für den Einzelnen in dem Maße erhöht, als die Schülerzahl unter das gesetzliche Maximum herabsinkt. Dazu ist es aber ziffermäßige Thatsache, daß das Obergymnasium seit der Zeit seines Bestandes von Jahr zu Jahr eine größere Schülerzahl aufweist, wos die steigende Nothwendigkeit des Fortbestandes desselben gewiß deutlich wahrnehmen läßt. Wenn endlich nach der Ansicht einiger maßgebenden Stimmen gerade in dem gegenwärtigen Momente kein fühlbarer Mangel an Zuwachs von Studierenden zu irgend welcher Fakultät besteht, so ist dieser Grund am allerwenigsten von einer intensiven Bedeutung, weil sich ein solches Verhältniß, wie uns ja vor nicht langer Zeit die Erfahrung lehrte, durch äußere Zufälle nur allzuleicht plötzlich ändern kann und weil endlich, selbst abgesehen davon, ein derartiges Plus von geistig Gebildeten für den Maßstab des Kulturgrades eines Volkes sicherlich eher ein zu- als ein abträglicher Faktor bleibt.

Der Fortbestand des Obergymnasiums ist aber nach dem richtigen Urtheile unserer Bürger eine Lebensfrage für Neustadt, und die Stadtgemeinde ist verpflichtet, so rasch als möglich alle zur Erhaltung desselben nöthigen Schritte einzuleiten und keine Kosten zu scheuen, um im Interesse der Stadt in dieser Frage ein positives Resultat zu erzielen. Unserer Ansicht nach ist diese Gymnasialfrage mit aller Beschleunigung zu behandeln und mit der Jubiläumsangelegenheit am passendsten und wirkungsvollsten zu verbinden. Wir glauben nämlich nicht vergebens zu hoffen, daß Sr. Majestät aus diesem gewichtigen Anlasse zur steten Erinnerung Neustadts an den erhabenen Ahnen und Stifter Erzherzog Rudolph IV. allergnädigst geruhen werden, daß jene Subvention von jährlichen 800 fl. fortan flüssig erhalten und mit ihr der Fortbestand unseres Obergymnasiums gesichert werde. —

Vor Allem wird jedoch vorerst das Einvernehmen mit dem hochw. Ordensprovincial in der Richtung gepflogen werden müssen, daß derselbe für den Fall, als die Wiedererlangung jener Subvention erreicht werden sollte, bereitwillig und bindend erklärt, für die feste Besetzung des Gymnasiums mit gesetzlich geprüften Lehrkräften entsprechend Sorge tragen zu wollen. Ist dieß festgestellt, dann ist es, unserer Ansicht nach, aber auch Sache der Stadtgemeinde, ihrerseits in ähnlicher Weise zu erklären, daß sie zur Vermehrung nothwendiger Lehrmittel sich zur jährlichen Zahlung eines Betrages von 150—200 fl. an das Gymnasium verpflichtet — eine Summe, welche die Stadtgemeinde leicht tragen kann und die in der betreffenden Petition bedeutend ins Gewicht fallen muß. —

Was uns mit Rücksicht auf das Gesagte besonders in der Hoffnung des Fortbestandes unseres Obergymnasiums bekräftigt, ist der betreffende Erlaß des h. k. k. Staatsministeriums vom 30. September 1. J. 3. 10406. U., selbst, der in jener Stelle wörtlich lautet: „Daß die Reaktivierung des Obergymnasiums wieder ein Gegenstand der Erwägung werden kann, sobald die Herstellung der Bedingungen, von welchen der Bestand eines klassierten Gymnasiums abhängig ist, die aber gegenwärtig mangeln, als verbürgt nachgewiesen wird.“ Durch unsere obige Auseinandersetzung dürfte diesen Anforderungen vollkommen entsprochen werden. Wir legen diese dringende Angelegenheit vorerst unserer Gemeindevertretung alles Ernstes an's Herz, weil dieselbe bisher noch gar nicht in der Lage war, sich darüber auszusprechen zu können, und weil wir mit Recht hoffen, daß unsere Gemeindevertretung diese Existenzfrage des Gymnasiums rasch und freudig aufgreifen wird, um nun die längst beabsichtigte Deputation sofort ins

Werk zu setzen. Aus der Verbindung dieser Gymnasial- mit der Jubiläumsangelegenheit kann, wie vorhersehen es, unserer Ansicht nach am ehesten und sichersten ein positives Resultat erzielt werden. Es ist aber keine Zeit zu verlieren, und namentlich auf das Frühjahr, das noch in weiter Ferne und dessen politische Gestaltung nun sehr problematisch ist, nicht zu verschieben, — was in der noch günstigen friedlichen Gegenwart vollführt werden kann und soll. Ein letzter Schritt ist aber noch zu versuchen — Neustadts Bürger, für welche diese beiden Angelegenheiten höchst brennende Fragen sind, mögen sich dieserwegen nochmals und mit Beschleunigung an die Gemeindevertretung bittlich wenden und wir wollen uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß dieselbe den Wünschen unserer wackern Bürger dießmal bereitwillig entgegenkommt und so mit derselben eine Uebereinstimmung des Willens und der Thatsache an den Tag legt. Das Interesse dieser beiden Fragen erheischt dringend diese nothwendige Uebereinstimmung, denn in der Eintracht liegt die Macht und auch wir halten am Wahlspruche: „mit vereinten Kräften!“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 9. Nov. (Abends). In heutiger außerordentlicher Sitzung des Bundestages wurde das Schreiben des Kaisers der Franzosen vom 4. November vorgelesen, in welchem die Einladung an den Bund zum „Pariser Kongresse“ enthalten ist.

Frankfurt, 10. Nov. Die heutige „Europe“ veröffentlicht den Wortlaut des Schreibens des Kaisers Napoleon an den deutschen Bund mit der Einladung zum Kongresse.

„Sehr hohe, sehr erlauchte Fürsten und freie Städte, durchlauchtigster deutscher Bund! Angesichts der Ereignisse, welche jeden Tag austauschen und einander drängen, halte ich es für unerlässlich, den Souverainen, denen das Geschick der Völker anvertraut ist, meine Gedanken vollständig mitzutheilen. Jedemal, wenn tiefe Erschütterungen die Grundlagen der Staaten wanken gemacht und ihre Grenzen verrückt haben, ist es zu feierlichen Transaktionen gekommen, um die neuen Elemente zu ordnen und den vollbrachten Umgestaltungen, indem man dieselben einer Revision unterzog, die Weihe zu ertheilen. Solches war der Gegenstand des Westphäler Friedens des 17. Jahrhunderts und der Wiener Verhandlungen im Jahre 1815.

Auf diesem letzteren Fundamente ruht heute das politische Gebäude Europa's, und dennoch — es ist Ihnen dieß nicht unbekannt — fürst es auf allen Seiten zusammen. Wenn man die Situation der verschiedenen Länder aufmerksam betrachtet, so ist es unmöglich, nicht zu erkennen, daß fast auf allen Punkten die Wiener Verträge zerstört, modifiziert, verkannt und bedroht sind. Daher kommen Pflichten ohne Regel, Rechte ohne Titel, ungezügelter Ansprüche und eine Gefahr, welche um so furchtbarer ist, als die Vervollkommnungen, herbeigeführt durch die Zivilisation, welche die Völker unter einander durch die Solidarität der materiellen Interessen verbunden hat, unser Urtheil verwirren und uns wider unseren Willen in entgegengesetzte Richtungen fortreißen.

Ich schlage Ihnen demnach vor, auf einem Kongresse die Gegenwart zu ordnen und die Zukunft sicherzustellen. Durch die Vorsehung und den Willen des französischen Volkes auf den Thron berufen, aber erzogen in der Schule des Mißgeschickes, ist mir vielleicht weniger als einem Anderen gestattet, die Rechte der Herrscher und die legitimen Ansprüche der Völker nicht zu kennen.

Auch bin ich bereit, ohne vorgefaßtem System in einen internationalen Rath den Geist der Mäßigung und der Gerechtigkeit, das gewöhnliche Ertheil Derjenigen, welche so verschiedenartige Prüfungen bestanden haben, mitzubringen.

Wenn ich die Initiative zu einer derartigen Eröffnung ergreife, so folge ich nicht der Bewegung der Eitelkeit; allein nachdem ich derjenige Herrscher bin, dem man die meisten ehrgeizigen Pläne zuschreibt, so liegt es mir am Herzen durch diesen freimüthigen und loyalen Schritt zu beweisen, daß mein einziges Ziel dahin geht, ohne eine Erschütterung zur Pacifikation Europa's zu gelangen.

Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, so bitte ich Sie, Paris als den Ort der Vereinigung anzunehmen. Im Falle verbündete Fürsten und Freunde Frankreichs es für angemessen halten werden, das Gewicht der Beratungen durch ihre Anwesenheit zu erhöhen, so werde ich stolz darauf sein, ihnen meine herzlichste Gastfreundschaft anzubieten.

Europa wird vielleicht einigen Vortheil darin erblicken, daß diejenige Hauptstadt, von welcher so oft das Signal zu Umstürzen ausgegangen, der Sitz von Konferenzen werde, welche bestimmt sind, die Grundvesten der allgemeinen Pacifikation zu legen.

Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigen Anhänglichkeit und des lebhaften Interesses zu erneuern, welches ich an

der Wohlfahrt der Bundesstaaten nehme. Ueberdieß, sehr hohe und erlauchte souveräne Fürsten, freie Städte, durchlauchtigster deutscher Bund, bitte ich Gott, daß er Sie in seinen heiligen und würdigen Schutz nehme.

Unterzeichnet: Napoleon.

Kontrahirt: Drouin de Lhuys.

Krakau, 10. November. Es werden alle Vorbereitungen getroffen, den Stand der Garnison hier sowohl, wie im ganzen Lande zu vergrößern. Die Regierung beabsichtigt zwar nicht die Proklamirung des Belagerungszustandes, wohl aber die strengste Handhabung der gesetzlichen Vorschriften. (Ost. Zt.)

Berlin, 9. Nov. (Nachts). Die heutige „Kreuzzeitung“ hört, daß die Ernennung einiger neuer Mitglieder für das Herrenhaus bevorstehe.

Berlin, 10. November. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde eine Adresse an den König mit geringer Majorität beschloffen. Dafür stimmte der Justizminister. Der Minister des Innern überreichte die Preßverordnung vom 1. Juni, und den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Preßgesetzbestimmungen. Die Octroirung erfolgt aus Nothwendigkeit, aber die Verordnung sei auf einen vorübergehenden Zustand berechnet und nicht geeignet, als dauerndes Gesetz fortzuwirken. Bis zur Herstellung eines dauernden Zustandes, meint die Regierung, werde die Verordnung gelten.

Darmstadt, 10. November. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde jede fernere Bewilligung für landesherrliche Grundrentenablösung wegen des aufgehobenen Steuerprivilegiums unter Widerspruch der Regierung nach eingehender heftiger Discussion mit überwiegender Majorität abgelehnt.

Bern, 9. Nov. (Abends). Kaiser Napoleon hat an den Bundesrath die Einladung zur Vertretung der Eidgenossenschaft auf „dem europäischen Kongresse“ gerichtet.

London, 10. Nov. Bei dem gestrigen Vankette des Lordmayors wiederholte Lord Palmerston, England bleibe neutral gegen Rußland wie gegen Amerika. In Polen habe England seine Schuldbigkeit gethan. In Amerika sei es leider unmöglich, durch freundschaftliche Vermittlung Frieden zu stiften.

London, 10. November. Die Königin erhielt gestern die eigenhändige Einladung des Kaisers Napoleon zum Kongress. — Aus diesem Anlasse findet heute Ministerrath statt. Die „Post“ legt die Thronrede in ungünstigem Sinne aus.

Kopenhagen, 9. November (Nachts). Der von Blizea-Finnecke, Hansen und Krüger beantragte Schlußparagraph zum Grundgesetze, betreffend die Vorlegung des Grundgesetzes an eine nach dem Wahlgesetze von 1848 gewählte Versammlung, wurde mit 47 gegen 5 Stimmen verworfen. Der Vorschlag des Conseilspräsidenten, das Gesetz habe mit 1. Jänner 1864 in Kraft zu treten, wurde mit 41 gegen 2, beiseite der Uebergang zur dritten Lesung mit 49 gegen 3 Stimmen angenommen.

New-York, 27. Oktober. Mangel an Proviant und Kriegsmaterial hindert den General Grant, die Offensive zu ergreifen. Davis forderte in Alabama, daß Freiwillige die Positionen besetzen, damit das Militär General Bragg verstärke; denn hoffentlich werde Rosecranz vernichtet werden, und dann der Krieg beendet sein.

New-York, 29. Oktober. Man glaubt, die Konföderirten seien bemüht, zwischen Burnside und Chattanooga ihre Stellung zu nehmen.

Charleston, 27. Oktober. Auf die Forts Wagner und Gregg wurde das Bombardement von den Forts Sumter und Johnston aus wieder eröffnet, die Monitors haben das Fort Moultrie angegriffen.

Mexiko, 1. Oktober. Eine große Verschwörung gegen die Franzosen wurde entdeckt, viele Personen wurden eingekerkert und verbannt. Suarez soll mit 27 000 Mann zwischen Querentaro und San Luis stehen.

Programm

der heute, Donnerstag, am 12. Nov. 1863, um 5 Uhr Nachmittag, stattfindenden Monats-Versammlung des histor. Vereins für Krain, im Lokale des Schulgebäudes, ekener Erde, links vom Haupt-Eingange.

1. Herr Dechant Peter Hisinger: Urkundliche Beiträge zur Reformationsgeschichte Krains, hauptsächlich im 16. Jahrhundert, dann über Freudenthal und die Venezianer Kriege.

2. Bericht des korrespondirenden Mitgliedes Hrn. Prof. Petrucci, in einem Schreiben an den Vereinsdirektor, Wien den 17. Oktober 1863, über das Resultat seiner Forschungen zur Aufklärung der römischen Stein-Inskriptionen in Krain und was dießfalls noch zu geschehen hätte.

3. Herr A. Dimich: Zur Geschichte der Jesuiten in Krain.

